

Justizberufe im Wandel: Akademisierung für eine starke Zukunft!

Die GÖD-Justizgewerkschaft fordert am 22. Mai 2025 ein neues Bachelor-Studium für Justizberufe zur Akademisierung und modernen Bildung.



Schwechat, Österreich - Am 22. Mai 2025 brachten die GÖD-Justizgewerkschaft und die gesetzliche Personalvertretung einen entscheidenden Antrag zur Akademisierung von Diplomrechtspfleger:innen und leitenden Justizmanager:innen ein. Ziel dieses Vorhabens ist es, die Attraktivität der Berufe im Justizressort zu steigern sowie eine Anpassung an die Anforderungen einer modernen, digitalisierten Justiz vorzunehmen. Werner Gschwandtner, Vorsitzender der Justizgewerkschaft, unterstreicht die dringende Notwendigkeit, die Qualifikation in Anbetracht der zunehmenden Digitalisierung und Komplexität rechtlicher Aufgaben zu erhöhen.

Ein geplanter sechsemestriger Bachelorstudiengang für

Diplomrechtspfleger:innen und leitende Justizbedienstete mit dem Schwerpunkt „New Public Management“ soll 2026 in Kraft treten. Dieser duale Studiengang kombiniert theoretische Ausbildung an einer Fachhochschule mit praktischen Ausbildungsabschnitten. Die Zulassung zur Diplomprüfung erfolgt nach erfolgreichem Nachweis praktischer Erfahrungen, während Teilprüfungen und Bachelorarbeiten notwendig sind, um den Abschluss zu erreichen. Um berufsbegleitendes Lernen zu unterstützen, sind auch Fernstudienelemente vorgesehen.

Umfassende Reformen in der juristischen Ausbildung

Angesichts des demografischen Wandels und der Herausforderungen der Digitalisierung erfordert die juristische Ausbildung umfassende Reformen. Der zunehmende Ausscheidungsdruck bei Berufsträger:innen und der gleichzeitige Mangel an Nachwuchs wirken sich negativ auf den Rechtszugang für die Bevölkerung aus, so wird berichtet. Viele Studienanfänger:innen neigen dazu, Bachelor-Studiengänge mit juristischen Bezügen zu wählen, was die Attraktivität einer volljuristischen Ausbildung verringert und zu hohen Abbruchquoten führt.

Die Notwendigkeit zur Überarbeitung der juristischen Ausbildung beinhaltet auch den kritischen Umgang mit Daten, Künstlicher Intelligenz sowie den Umgang mit Diskriminierungsrisiken. Die Einbindung von Legal-Tech-Anwendungen in die juristische Ausbildung wird als essenziell angesehen, um die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Rechtsstandorts zu sichern. Die Beteiligten der Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK), des Bundesverbands rechtswissenschaftlicher Fachschaften (BRF) und anderer Organisationen fordern, diese Herausforderungen zeitgemäß zu adressieren.

Diversität und Chancengleichheit

Ein weiterer wichtiger Aspekt sind die Herausforderungen hinsichtlich Diversität in der juristischen Ausbildung. Die Unterrepräsentation verschiedener Gruppen und Diversitätsmerkmale kann die gesellschaftliche Akzeptanz des Rechtsstaats gefährden. Daher wird gefordert, strukturelle Diskriminierung in der juristischen Ausbildung zu thematisieren und zu bekämpfen.

Um den Herausforderungen in der juristischen Ausbildung gerecht zu werden, appellieren die Verbände an die Bundesregierung, Lösungen zu entwickeln, die nicht nur effektiv, sondern auch in Abstimmung mit den Interessenvertretungen erfolgen. Die Anpassung an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts ist unabdingbar für die Zukunft der Juristerei in Deutschland.

In Zusammenfassung verfolgt der Antrag zur Akademisierung der Justizberufe die Schaffung neuer Karrierewege und die Verbesserung der beruflichen Bedingungen für die Beschäftigten im Justizbereich. Die GÖD-Justizgewerkschaft fordert rasche Verhandlungen mit den zuständigen Entscheidungsträgern, um die Justizberufe nachhaltig aufzuwerten und zukunftsfähig zu gestalten.

Details	
Ort	Schwechat, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.brak.de • anwaltverein.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at